

dung mittels Vorsorge, zumal durch Bildungschancen, wie möglich, so viel nachsorgende Risikokompensation wie nötig. Annäherung an den skandinavischen Weg im Rahmen der hiesigen Bedingungen: Chancen ausgleichendes Bildungssystem mit Beginn im zweiten Lebensjahr; Ganztagsbetreuung und neue fördernde Lernkonzepte, längere Gemeinschaftsschule. Erhöhung der Frauenerwerbsquote. Neue Jobs in familien-, bildungs- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Schrittweise Umstellung der Finanzierung des Sozialstaats von lohnbezogenen Beiträgen zur Steuerfinanzierung.

### **Gesucht: Eine Debatte zur Sache**

Gewiss, das sind hier nur die Anzeigen von Inhalten in drastischer Auswahl. Die Inhalte selbst und die nötigen Ergänzungen finden sich aber durchaus im Text des Entwurfs. Zumeist auf einer mittleren Ebene der Handlungsorientierung, mitunter konkret bis ins Detail.

Und im Übrigen doch auch eine Widerlegung des journalistischen Vorurteils, ein mehrthematisches Profil sei nichts als Flucht vor der Profilierung. Kann es wahr sein, was kürzlich in einer guten Zeitung zu lesen war, dass die Zahl selbst der Qualitätsjournalisten beständig sinkt, die noch am Verstehen von Politik in unübersichtlichen Zeiten mitwirken wollen, die Zahl jener aber steigt, die von der ohnehin populären Politikverachtung gut und risikolos leben – und sie nach Kräften befeuern?

Was jetzt Not tut, ist eine faire Berichterstattung und eine Streitige Debatte über das Grundsatzprogramm – aber als politischem Projekt. Falls indes, wie es mitunter zwischen den Zeilen durchscheint, der Verdacht herrschen sollte, das Ganze sei gar nicht mehr so ganz Ernst gemeint, eine symbolische Trockenübung sozusagen, sollte er zum Thema gemacht werden. Auch darüber könnte eine Debatte lohnen. Nein, sie müsste dann erst recht geführt werden.

Florian Mayer/Ulf Kämpfer

## **Zwischen den Stühlen**

*Die SPD und der Niedriglohnsektor*

Die politische Gestaltung des Niedriglohnsektors könnte eine große Chance für die SPD sein, behaupten Florian Mayer und Ulf Kämpfer in ihrer Betrachtung. Doch die SPD ist hin- und hergerissen zwischen klaren Losungen aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung und der Anerkennung ökonomischer Zwänge.

Da sind sie wieder, die drei Probleme der SPD: Schlechte Umfragen, kein Konzept, und keine Ahnung, wie es weitergehen soll. Die Große Koalition hat in atemberaubend kurzer Zeit ihre wenigen Gemeinsamkeiten aufgebraucht und weiß nicht mehr, was sie wollen soll. Die SPD steckt tief im Schlammassel: Ein unbekannter Vorsitzender, drohende Niederlagen bei wichtigen Landtagswahlen. Und

als ob das nicht genug wäre, schickt sich die fusionierte LINKSPARTEI an, nun auch im Westen die Wählerbasis der Sozialdemokratie anzuknabbern.

Die thematische Auszehrung der SPD ist dreidimensional. Von rechts: Die Union besetzt moderne familienpolitische Themen, den Klimaschutz, sogar Soziales (längeres ALG I); von links: Die LINKSPARTEI kann ohne Einbindung in politische Ver-

antwortung Extremforderungen der Jusos und Parteilinken besetzen, was nicht nur für Gewerkschaftsfunktionäre attraktiv ist. Hinzu kommt der schwelende Richtungsstreit darüber, ob der durch die *Agenda 2010* eingeleitete Reformpfad weitergegangen oder verlassen werden soll.

Kein Wunder, dass die SPD händeringend nach kampagnenfähigen Themen sucht, um Profil und Wähler zu gewinnen, und zwar im Bereich ihres »Markenkerns«, der sozialen Gerechtigkeit. Es geht um »gute Arbeit«, um »faire Löhne«: All das lässt sich unter »Gestaltung des Niedriglohnssektors« fassen.

Kein Zweifel: Hier liegt *die* Chance, wieder Wind in die demoskopischen Segel zu bekommen. Wenn es eine klare inhaltliche und strategische Marschroute gibt. Wie müsste die aussehen? Die Prekarisierung weit in die unteren Lohngruppen hinein ist ein riesiges Problem, das besonders die Abstiegsängste der SPD-Klientel befeuert. In keinem anderen Industrieland ist die Arbeitslosigkeit bei den gering Qualifizierten so hoch (über 20 Prozent) und der Anteil der Langzeitarbeitslosen so groß (über 50 Prozent) wie in Deutschland.

Rituelle Forderungen nach »guter Arbeit« und Mindestlöhnen ersetzen keinen stimmigen Gesamtentwurf. Doch gerade hier offenbart sich eine grundlegende konzeptionelle Schwäche, die keine noch so ausgefeilte Kampagne übertünchen kann. Ein gutes Konzept müsste auf folgende Fragen eine Antwort geben: Brauchen wir aus beschäftigungspolitischen Gründen einen Niedriglohnsektor oder müssen wir ihn aus Gerechtigkeitsgründen bekämpfen? Wie flexibel müssen Löhne unter den Bedingungen der Globalisierung sein? Wie kriegen wir existenzsichernde Löhne hin, ohne Beschäftigung zu gefährden oder neue staatliche Subventionsfässer aufzumachen? Welche Antworten sollte die SPD geben?

### **Ambivalentes Verhältnis zum Niedriglohnsektor**

Klassisch in der arbeitsmarktpolitischen Auseinandersetzung ist die Forderung nach »anständigem Lohn für anständige Arbeit«. Wer Vollzeit arbeite, müsse dafür einen existenzsichernden Lohn beziehen. Trotz dieser scheinbaren Klarheit ist das Verhältnis zum Niedriglohnsektor von einem grundsätzlichen Spannungsverhältnis gekennzeichnet: dem voluntaristischen Schwelgen in klaren Losungen aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung und dem Anerkennen ökonomischer Zwänge.

Ausgangspunkt der Emanzipation der Arbeiter war neben den unwürdigen Arbeitsbedingungen die Verwehrung marktgerechter Löhne durch die Arbeitgeber, die in der schlechten organisatorischen und politischen Vertretung der Arbeiter begründet lag. Heute wird jedoch die Lohnhöhe im Rahmen der Tarifautonomie nach der Wertschöpfung und der Produktivitätsentwicklung festgelegt. Offene Märkte ermöglichen Leistungsbilanzüberschüsse, andererseits bedingen die Mobilität der Produktionsfaktoren, die Handelbarkeit der meisten Waren und vieler Dienstleistungen sowie sinkende Transaktionskosten einen Preisdruck, der der Lohnfindung Grenzen auferlegt. Soweit die Theorie. In der Praxis komplizieren die nachlassende Bindungswirkung der Tarifverträge, die Schwäche der Gewerkschaften, die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Dienstleistungsfreiheit die Problematik.

Vielen niedrigqualifizierten Menschen bleibt unter diesen Bedingungen eine sozialpolitisch wünschbare Lohnhöhe verwehrt. Daran wird auch ein anhaltender Wirtschaftsaufschwung nichts ändern. Da höhere Bildung nicht nur mit mehr Selbstbestimmung, sondern auch mit höherer Produktivität verbunden ist, muss der vorsorgende Sozialstaat massiv in Bildung, insbesondere frühkindliche Bildung und die Erhöhung der Studierendenquote, investieren. Bei bestehender Ge-

ringqualifizierung kann er jedoch im Grunde nur noch nachsorgen. Diesen Umständen hat die SPD mit den *Hartz*-Gesetzen und weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen Rechnung getragen, sie hat den Niedriglohnsektor etwa durch die Deregulierung der Leiharbeit ausgeweitet und Beschäftigungsverhältnisse flexibilisiert. Gegenwärtig lassen sich undifferenzierte Gegenreflexe beobachten. Die SPD muss sich entscheiden, ob sie den Niedriglohnsektor bekämpfen oder politisch gestalten möchte. In der Diskussion sind verschiedene Modelle.

### Wie praktikabel sind die einzelnen Modelle?

#### a.) Grundeinkommen

Noch am einfachsten ist es beim bedingungslosen Grundeinkommen, der Lieblingsidee des *radical chic*, aber auch der *Hartz IV*-Hasser und mancher Neoliberaler: Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens und die damit verbundene Abwicklung des gegenwärtigen Sozialstaatsmodells widerspricht den tief sitzenden Intuitionen von Wählern und Funktionären der SPD über Fairness und Gerechtigkeit (»Faultierprämie«), die sich auch argumentativ unterfüttern lassen, egal, ob es um Menschenbild, moralische Begründung, Finanzierbarkeit und unerwünschte Nebenwirkungen der Grundeinkommensidee geht. Vor allem aber ist die SPD seit Peter Hartz immun gegen Masterpläne, die alle Probleme auf einen Schlag zu lösen versprechen. Sie tut gut daran, den unterbeschäftigten Grundeinkommensutopisten jeglicher Couleur nicht nachzulaufen, sondern klare Kante zu zeigen und die Energie lieber dafür einzusetzen, die gegenwärtigen Unterstützungssysteme transparenter, effizienter und vor allem menschlicher zu machen.

#### b.) Bonus für Arbeit

Der *Bonus für Arbeit* legt ein sozialpolitisch gewolltes, existenzsicherndes Einkommen fest. Liegt das Einkommen über

diesem Wert, werden Abgaben fällig – liegt es darunter, erhält der Arbeitnehmer den *Bonus für Arbeit*. Der Ansatz stößt wegen seines angloamerikanischen Bezugs häufig auf Abwehrreflexe, bietet aber eine Reihe von Vorzügen: Er entspricht dem sozialdemokratischen Verständnis identitätsstiftender Erwerbsarbeit, das zurzeit von den vielen »ALG II-Aufstockern« konterkariert wird. Das Modell beseitigt das Regelungsdickicht im Niedriglohnbereich und erlaubt die Konzentration der Arbeitsverwaltung auf die Vermittlung. Gleichzeitig sind die finanzpolitischen Risiken vertretbar, die arbeitsmarktpolitischen Effekte positiv. Umsetzbar ist der *Bonus für Arbeit*, da ansonsten umfangreiche Mitnahmeeffekte eintreten würden, nur mit einem flächendeckenden, regional gestaffelten Mindestlohn. Flankierend ist eine effektive Bekämpfung der Schwarzarbeit notwendig.

Im Gegensatz zum Grundeinkommen ist der *Bonus für Arbeit* in der Debatte sozialdemokratisch besetzt und bietet der SPD die Gelegenheit zu arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Profilierung. Die SPD sollte sich das Konzept konsequent zu eigen machen und seine Stärken offensiv vertreten: Erwerbsorientierung, Transparenz und sozialpolitisch gewolltes Mindesteinkommen bei integriertem Mindestlohn.

#### c.) Mindestlohn

Mit dem Bonus für Arbeit gewinnt man keine Wahlen – mit dem Mindestlohn schon, heißt die Devise im Willy-Brandt-Haus. Neben der Verteidigung von Mitbestimmung und Kündigungsschutz ist die Forderung nach Mindestlöhnen eine der drei verbliebenen Gewissheiten bei der Arbeitsmarktpolitik, die sich am besten zur Abgrenzung von der Union eignen. Zwar wäre ein Scheitern der Mindestlohnverhandlungen in der Großen Koalition der Starrköpfigkeit der Union zuzuschreiben, doch hätte dies den wahltaktischen Mehrwert für die SPD, dass der Mindestlohn auf der politischen Agenda bliebe.

Natürlich ist die Forderung nach einem existenzsichernden Einkommen und Absicherung der Löhne nach unten richtig. Nicht richtig ist aber – wie auch die Wahl in Bremen gezeigt hat – die Überhöhung des Themas als zentrales Feld der Auseinandersetzung mit der Union und der Verzicht auf inhaltliche Redlichkeit: Denn redlich wäre es, sich einzugestehen, dass es sehr schwierig ist, mehr Jobs, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen auf einmal zu schaffen. In der gegenwärtigen »Gute-Arbeit«-Kampagne wird dieser Konflikt schlicht geleugnet. Mit der Behauptung »anderswo klappt das ja auch« werden die entscheidenden Probleme beim einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn vernebelt. Es soll gelten: »In Branchen, in denen tarifliche Lösungen nicht greifen oder Tariflöhne ein Mindestniveau unterschreiten, brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn, der sich in seiner Höhe am Niveau vergleichbarer europäischer Länder orientieren muss.« Was aber ist vergleichbar, was nachahmenswert? Frankreich hat einen hohen Mindestlohn, den rund 15 Prozent der Arbeitnehmer bekommen. Frankreich hat aber auch eine (im Vergleich zu Westdeutschland) höhere Arbeitslosigkeit als wir und eine besonders hohe Jugendarbeitslosigkeit. Und Großbritannien hat einen Mindestlohn von 7,86 EURO, der aber nur 45 Prozent des Medianlohns beträgt, und den deshalb nur knapp zwei Prozent der Beschäftigten bekommen. Der von den Gewerkschaften geforderte Mindestlohn von 7,50 EURO läge deutlich näher am deutschen Medianlohn (bei rund 55 Prozent), mit deutlich höheren Gefahren für die Arbeitsplätze gerade in Ostdeutschland, denn 7,50 EURO entsprechen rund 2/3 des dortigen Medianlohns.

Unsere Position ist klar: Nach wie vor muss – und müsste – für die SPD angesichts von vier Millionen Arbeitslosen das Ziel »mehr Arbeit« absolute Priorität haben, und wenn die Forderung »mehr

Lohn« damit in Konflikt gerät, müsste im Zweifel Arbeit Vorrang haben. Das spricht nicht gegen Mindestlöhne. Aber ein zu hoher Mindestlohn gefährdet ausgerechnet die Beschäftigungschancen derjenigen, die es trotz guter Konjunktur besonders schwer haben: Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte, Wiedereinsteiger. Die SPD könnte dennoch immer noch vieles gegen Lohndumping und prekäre oder ausbeuterische Arbeit tun: Einführung eines »Bonus« für Arbeit, tarifliche und branchenspezifische Mindestlöhne (denn die Tarifpartner wissen am besten, welcher Lohn fair und wirtschaftlich vernünftig ist), Abschaffung der Minijob-Privilegien, Begrenzung der Leiharbeit, Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen etc.

### Zwischen Bekämpfung und Förderung

Die SPD tut sich schwer in der Großen Koalition. Die politische Gestaltung des Niedriglohnsektors könnte eine große Chance für die SPD sein, wenn sie nicht so hin- und hergerissen wäre zwischen seiner Bekämpfung und Förderung. Der Konflikt über das Verhältnis zum Niedriglohnsektor muss offen benannt und ausgetragen werden. Die SPD sollte dabei gleichzeitig Profil zeigen und intellektuelle Redlichkeit wahren. Der *Bonus für Arbeit* mit integriertem Mindestlohn könnte ein Weg sein, die SPD in die Offensive zu bringen.



Florian Mayer (\*1975) hat Politik- und Wirtschaftswissenschaften studiert und ist derzeit u.a. freier Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung.  
[florian-mayer@gmx.de](mailto:florian-mayer@gmx.de)



Ulf Kämpfer (\*1972) ist seit 2005 Referent im Leitungsbereich des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein.  
[ulf.kaempfer@gmx.de](mailto:ulf.kaempfer@gmx.de)